

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.03.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Anti-Atom-Initiativen fordern mehr Einsatz von Grünen</b> <i>Münsterland Zeitung, 07.03.2024</i> .....	3
2   <b>Niederländisches Parlament will mehr Kernkraftwerke</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.03.2024</i> .....	4

📰 Münsterland Zeitung | 07.03.2024 | S. 17

📄 Auflage: 16.641 | Reichweite: 49.771

## Anti-Atom-Initiativen fordern mehr Einsatz von Grünen

Atomkraftgegner machen Druck auf die grüne Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und Grünen-Chef Omid Nouripour. Sie sollen Castortransporte nach Ahaus verhindern.

Eine Koalition von Anti-Atom-Initiativen, darunter das Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich, „ausgestrahlt, BI „Kein Atommüll in Ahaus“, der BUND NRW und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, hat die Grünen aufgefordert, sich aktiver im Jülicher Castor-Streit zu engagieren.

Anlass für den Protest war ein Besuch der NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und des Grünen-Chefs Omid Nouripour am Dienstag (5. März) im Jülicher Parteibüro. Atomkraftgegnerinnen und -gegner hatten den Eingang blockiert und damit gegen geplante Castor-Transporte quer durch NRW protestiert, die sie als unnötig und gefährlich einstufen.

In einer Pressemitteilung kritisierten die Initiativen die geplante Durchführung von 152 Castor-Transporten von hochradioaktivem Atommüll aus dem Zwischenlager Jülich ins Zwischenlager Ahaus. Sie betonten, dass das Lager in Ahaus eines der unsichersten in Deutschland sei und seine Genehmigung in wenigen Jahren auslaufen werde.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) solle stattdessen in einen Neubau in

Jülich investieren, der nach heutigen Sicherheitsstandards ausgerichtet wäre und die Anzahl der sinnlosen Castor-Transporte vermeiden würde.

Kritik wurde auch an der schwarz-grünen NRW-Landesregierung geäußert, die zwar den Bau einer neuen Lagerhalle in Jülich angekündigt habe, bisher jedoch zu wenig unternommen habe. Die Atomkraftgegner beschuldigten die JEN, den Atommüll lediglich schnellstmöglich loswerden zu wollen, anstatt sich ernsthaft um den genehmigungslosen Zustand beim bestehenden Lager zu kümmern.

Die Protestler forderten Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und Grünen-Chef Omid Nouripour auf, ihre Position in Berlin und Düsseldorf zu nutzen, um die geplanten Transporte zu stoppen und der Verzögerungstaktik der JEN entgegenzuwirken.

### „Großes Risiko“

Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ äußerte sich besorgt über die geplanten Transporte und wies auf die begrenzte Betriebsgenehmigung des Ahauser Lagers hin.

Er betonte, dass die sogenannte Konditionierung in Ahaus aus technischen und rechtlichen Gründen nicht möglich sei, was das Lager dort nur zu einer Zwischenstation machen würde. Liebermann: „Mit den Transporten würde man ein großes Risiko eingehen.“

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 07.03.2024 | S. 17

 Auflage: 187.343 | Reichweite: 891.184

 smo.

## Niederländisches Parlament will mehr Kernkraftwerke

*Abgeordnete plädieren für vier statt zwei AKW – das Votum zeigt die steigende Zustimmung zur Kernenergie*

**smo.Frankfurt.** Während sich die Bildung eines neuen Kabinetts zäh hinzieht, will das Parlament in den Niederlanden mehr Kernkraftwerke. Vier statt wie bisher geplant zwei sollen dereinst Atomstrom liefern – dafür hat eine lagerübergreifende Mehrheit in der Zweiten Kammer gestimmt, die dem Bundestag entspricht. Sie beauftragte das Kabinett, sich mit Bauplänen zu befassen.

Die Entscheidung fällt einerseits in einer Periode politischer Unsicherheit. Denn nach der Wahl im November bleibt unklar, wie eine neue Regierung zustande kommt. Das konservative Lager hat klar gesiegt. Als stärkste Kraft ging die als rechtspopulistisch eingeordnete Partei PVV des Politikers Geert Wilders hervor. Drei andere Parteien sondieren seitdem, ob mit ihm eine Koalition, eine anders geartete Form der Zusammenarbeit oder eine Duldung möglich ist.

Andererseits illustriert das Votum der Zweiten Kammer die zunehmende Neigung der fünftgrößten EU-Volkswirtschaft zur Kernenergie. Befürworter benennen sie als eine Form der Energieerzeugung, die mit wenig Kohlendioxid ausstoß verbunden ist. Wind- und Sonnenenergie allein können den Strombedarf nicht decken. Bis vor einigen Jahren schien in den Niederlanden die Zeit der Kernkraft zu enden. Seit einem Gerichtsurteil 2018 steht die Debatte unter neuen Vorzeichen.

Damals erwirkte die Umweltorganisation Urgenda gerichtlich, dass Den Haag schneller gegen die Erderwärmung vorgehen müsse. Die 2021 gewählte – und derzeit noch geschäftsführende – Regierung beschloss, das bestehende Atomkraftwerk Borssele in der südwestlichen Provinz Zeeland länger in Betrieb zu lassen und anschließend zwei neue Kernkraftwerke zu betreiben. Die beiden sollten etwa 2035 fertiggestellt sein und 9 bis 13 Prozent zum Strommix beitragen. Borssele wird dabei als bevorzugter Standort gesehen.

Im jüngsten Wahlkampf wurde deutlich, dass Kernenergie immer weiter Anhänger gewinnt. Auf der Gegenseite spielten Sorgen über Sicherheit der Kraft-

werke und Kernabfall nur noch eine geringe Rolle. Vielmehr gaben Gegner zu bedenken, die geplanten Kraftwerke würden zu teuer und zu spät fertig. In diesem Sinne argumentierte etwa der Spitzenkandidat der vereinigten sozialdemokratisch-grünen Liste, Frans Timmermans. Viele Anhänger erneuerbarer Energie prognostizieren, dass im Jahr 2035 ausreichend Erzeuger in Betrieb seien.

Nun aber stehen sogar zwei zusätzliche Kernkraftwerke zur Diskussion. Der Vorstoß kam vom Abgeordneten Silvio Erkens, welcher der rechtsliberalen Partei VVD des noch geschäftsführenden Ministerpräsidenten Mark Rutte angehört. Er sieht die Energiewende des Nachbarn Deutschland als schlechtes Beispiel und posierte im November auf der Plattform X, vormals Twitter, vor einem deutschen Tagebaufeld. „Hier in Deutschland sollten die Kernkraftwerke unbedingt geschlossen werden, weswegen diese großen, schmierigen Braunkohleminen hier offen stehen“, sagte er: „Diese Art undurchdachter politischer Entscheidungen sollten wir in unserem Land nicht wollen.“

Für seine Initiative stimmten in Den Haag konservative Parteien, die beiden christlich geprägten Parteien, aber auch die eher progressiv orientierte europafreundliche Volt und die an Immigrantinteressen orientierte Partei Denk. Verantwortlich für die Planung ist der geschäftsführende Klimaminister Rob Jetten der linksliberalen D66, die ihren Antikernkraftkurs aufgegeben hat. Gegen Erkens' Eingabe für ein drittes und viertes Kraftwerk stimmte sie gleichwohl.

Am Mittwoch begann die Zweite Kammer die Debatte über einen weiteren Pfeiler der niederländischen Energiepolitik: das Erdgasfeld Groningen, dessen Ausbeutung jahrzehntelang die Versorgung gesichert hat, aber im Laufe der Zeit zu immer heftigeren Erdbeben geführt hat. Viele Häuser sind dort beschädigt, die Förderung ist weitgehend heruntergefahren. Momentan ist der Hahn noch für den Fall einer Versorgungskrise geöffnet. Nun wollen viele Abgeordnete, dass er unwiderruflich geschlossen wird.